

Die Selbstorganisation von Arbeitskollektiven und die Mentalität der Arbeiter in Petersburg Anfang des 20. Jahrhunderts

Die ökonomische und politische Arbeiterbewegung in Petersburg in den Jahren der ersten Russischen Revolution nahm im Vergleich mit der vorausgegangenen Periode nicht nur bis dahin unbekannte Ausmaße an, sondern erreichte auch einen so hohen Organisationsgrad, daß selbst die offizielle sowjetische Historiographie dies niemals ausschließlich der Führungsrolle der Bol'seviki zugeschrieben hat. Zur Erklärung dieses Phänomens griff man gerne auf die schon von Lenin aufgestellte These von der „schöpferischen Tätigkeit der Massen“ zurück. Diese These ist bis heute eine abstrakte Konstruktion geblieben, die niemals durch konkrete historische Untersuchungen belegt worden ist. Die in der Ideologie der Partei deutlich angelegte Tendenz, die Arbeiter der Bauernschaft gegenüberzustellen, zwang die Historiker, sich auf die Charakteristika des Proletariates zu konzentrieren, die es von der Bauernschaft unterschieden, und den erheblichen Einfluß, den das Dorf auf die Mentalität der Arbeiter gehabt hat, außer acht zu lassen. Einige fruchtbare Versuche, über den offiziell abgesteckten Rahmen hinauszugehen, wie etwa die Arbeiten Ju. I. Kir'janovs und V. F. Šiškins, änderten nichts an der allgemeinen Ausrichtung der Historiographie¹. Die Erforschung von konkreten parteiungebundenen Arbeiterorganisationen in Petersburg Anfang des 20. Jahrhunderts, die in den zwanziger Jahren begonnen hatte, wurde Mitte der dreißiger Jahre abgeblockt und fand danach nur noch im Rahmen allgemeiner Arbeiten zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der ersten Russischen Revolution statt². Die tatsächlichen Mechanismen und die psychologischen Wurzeln der „schöpferischen Tätigkeit der Massen“ blieben außerhalb des Gesichtsfelds der Historiker.

Die Bauern, die permanent die Reihen der Industriearbeiter auffüllten, verfügten über eine jahrhundertealte Erfahrung der Selbstorganisation im Rahmen der

- 1 Kir'janov, Ju. I.: Ob oblike rabočego klassa Rossii, in: Rossijskij proletariat: Oblik, bor'ba, gegemonija. Moskau 1970, S. 100-140; Šiškin, V. F.: Tak skladyvalas' revoljucionnaja moral' (Istoričeskij očerk). Moskau 1967.
- 2 Istorija rabočich Leningrada, Leningrad 1972, Bd. 1: 1703 – fevral' 1917; Rabočij klass v pervoj rossijskoj revoljucii 1905-1907g. Moskau 1981; Šuster, U. A.: Peterburgskie rabočie v 1905-1907gg., Leningrad 1976

Dorfgemeinschaft (*obščina*). Die russische Dorfgemeinschaft war nicht nur ein territorialer Zusammenschluß von Landbewohnern, sondern ein geschlossener sozialer Organismus, der sein eigenes System der gemeinschaftlichen Selbstverwaltung, der Arbeitsorganisation, der sozialen Absicherung, seine eigenen Sitten und festen Verhaltensnormen besaß. Die bäuerliche *obščina* war durch einen stabilen, in der Mentalität verankerten Gemeinsinn geprägt; sie verstand sich als eine ganzheitliche und selbstgenügsame Institution, die gleichzeitig auch in sich die höchste Autorität für ihre Mitglieder war. Der Hauptfaktor bei der Entscheidung wichtiger Fragen durch die Dorfgemeinschaft war das Gewohnheitsrecht, und das kollektive Bewußtsein dominierte über dem individuellen. Die Grundeinheit im System der sozialen Beziehungen der *obščina* war die Familie. Ihre Funktion erschöpfte sich nicht darin, den Fortbestand des Geschlechts sicherzustellen, sondern sie war auch die Basiseinheit im Produktionsprozeß. Daher war die Dorfgemeinschaft immer zugleich ein Zusammenschluß von Familien und eine Vereinigung von Wirtschaftseinheiten. In der bäuerlichen Wirtschaft war die Verfügung des Produzenten über die Produktionsmittel auf die natürlichste und organischste Weise realisiert: Der Bauer trat gleichzeitig als Eigentümer und Werkträger auf, so daß sich in einer Person die Rollen des Befehlenden und des Ausführenden vereinten, die in der Klassengesellschaft auf die sich gegenüberstehenden gesellschaftlichen Kräfte verteilt waren. Unter den Bedingungen des Zusammenfalls von Eigentum und Arbeit konnte die bäuerliche Familie – als Basiseinheit im Arbeitsprozeß – nichts anderes als ein kollektiver Eigentümer sein, und das Subjekt der bäuerlichen Wirtschaft war eine Kollektivperson³.

Wenn sie das Dorf verließen und in die Stadt kamen, gaben die Bauern ihre gewohnten sozialen Zusammenhänge auf. In der neuen, ihnen unbekannteren Situation entwickelten sie eine extreme psychologische Unsicherheit und versuchten, unter den ungewohnten Bedingungen festen Halt zu finden. Die Neuankömmlinge aus den Dörfern, die nicht mehr mit bäuerlicher Arbeit beschäftigt waren, versuchten, auch in der Stadt die Lebensform der Dorfgemeinschaft zu reproduzieren. Unter günstigen Bedingungen, d.h. wenn sie in der Peripherie der Städte als relativ kompakte Masse lebten, gelang dies auch. Doch für das Ende des 19. Jahrhunderts stellen solche Beispiele eher die Ausnahme als die Regel dar⁴.

3 Lur'e, S. V.: Kak pogibla russkaja obščina, in: Krest'janstvo i industrial'naja civilizacija, Moskau 1993, S. 137; Gordon, A. V.: Tip chozjajstvovanija – obraz žizni – ličnost', in: Ebenda, S. 116-119; Gromyko, M. M.: Sem'ja i obščina v tradicionnoj duchovnoj kul'ture russkich krest'jan XVIII-XIX vv., in: Russkie: Semejnij i obščestvennyj byt, Moskau 1989, S. 7-20

4 Lur'e, S. V.: Kak pogibla, S. 159f.

Nach der Volkszählung von 1897 war in Petersburg, bedingt durch das stürmische Wachstum der Industrie in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts, der Anteil der Neuzuwanderer unter Arbeitern und Dienstboten der höchste in ganz Rußland und belief sich auf 80,3% aller Werkstätigen der erfaßten Kategorien. Die überwiegende Mehrheit der Bauern, die als Arbeiter in die Fabriken und Betriebe eingetreten waren, hatten ihre Familien am Heimatort zurückgelassen. Von den Textilarbeitern lebten 1897 nur 8% mit ihren Familien zusammen, von den Metallarbeitern 10%⁵. Das Fehlen des gewohnten familiären Umfeldes verschärfte die psychologische Situation der Neuankömmlinge weiter. Nicht nur ihre Lebensweise veränderte sich von Grund auf, sondern auch die Beziehungen zwischen den am Produktionsprozeß Beteiligten in den Fabriken und Betrieben unterschieden sich grundsätzlich von denen innerhalb des bäuerlichen Familienkollektivs.

Der Revolutionär und Untergrundaktivist P. G. Smidovič, ein Mitglied der Gruppe *Rabočaja Mysl'* („Arbeitergedanke“), war als Arbeiter in den Neva-Werken in Petersburg beschäftigt und konnte direkt beobachten, wie sich unter dem Einfluß des Fabriklebens buchstäblich über Nacht das Verhalten der jungen, gerade erst aus dem Dorf gekommenen Arbeiter veränderte. Smidovič hat für dieses Thema sehr aufschlußreiche Memoiren hinterlassen, denen nachstehendes Beispiel entnommen ist.

Van'ka, ein vierzehn- oder fünfzehnjähriger Bauernbursche aus dem tiefsten Hinterland des Gouvernements Tver', wurde von seinem Vater zum Geldverdienen nach Petersburg geschickt. In den Neva-Werken, wo er eine Anstellung fand, wurde er mit der Reinigung des Bodens in der Generatorenstation betraut. Die Grobheit und der Spott der Meister, die Androhung von Strafen und die Furcht vor einem möglichen Verlust seines Lohnes fesselten ihn geradezu an seinen Besen, den er während des ganzen Arbeitstages ununterbrochen schwang und nicht ein einziges Mal aus der Hand legte. Im Schlaf, wenn die Quartiergenossen, um sich einen Spaß zu machen, schrien: „Van'ka! Und wo ist der Besen?“, gab er ein dumpfes Stöhnen von sich und begann mit den Händen zu „fegen“. Folgendermaßen beschrieb Smidovič das Äußere und das Verhalten Van'kas zu Beginn seiner Arbeit in der Fabrik: „Er kam an, von Kopf bis Fuß ein kleiner Bauer, mit einer selbstbewußten Stimme und eigenen Auffassungen. Am Anfang arbeitete er in meiner Gruppe: ‚Van'ka, bring dies, Van'ka bring das' ... – ‚Ach, für ein so'n Ding renn' ich doch nicht los'. Oder: ‚Van'ka, lauf schneller, sag Bescheid, daß sie's bringen ... Komm, schneller ... Wir warten alle auf dich'. Van'ka bewegt sich kaum merklich und watschelt in den enormen Filzstiefeln

5 Kruze, E. E: Položenie rabočego klassa v Rossii v 1900-1914 gg., Leningrad 1976, S. 142f.

seines Vaters zur Tür. ‚Van’ka, was ist nun?‘ – ‚Eile mit Weile ... Die Sache läuft schon nicht davon ... Da sieh mal einer an, was ihr das Maul aufreißt““. Diese gespielte Grobheit und betonte Langsamkeit, mit der Van’ka das Verhalten eines erwachsenen Bauern und gesetzten Mannes imitierte, erinnerten Smidovič „an die Drohgebärden eines zerrupften Dohlenjungen, das man in der Hand hält“. Ein solches Benehmen eines Jungen rief unter den Arbeitern lediglich Heiterkeit hervor, dafür aber einen um so größeren Zorn bei den Meistern, und schon bald reagierte Van’ka auf die Grobheit seiner Umgebung in anderer Weise. „Einen Monat später“, erinnerte sich Smidovič, „traf ich ihn wieder, und es ergab sich, daß ich ihn wegen etwas ausschimpfte. Van’ka schweigt. Das kommt so unerwartet, daß ich stehenbleibe und ihn frage, warum er denn nicht antwortet. ‚Herr Vorgesetzter, ich verstehe nicht ... wie käme denn ich dazu, *Ihnen* ...‘ Mich verwunderte die Geschwindigkeit, in der sich diese Entwicklung in seinem Verhalten vollzogen hatte, deren Symptom sein gänzlich verändertes Verhalten mir gegenüber war [...] Vor mir stand keine junge Dohle mehr, die den Schnabel aufriß, sondern, ‚der Anfang eines Menschen‘, der sich trotz höflicher Umgangsformen vielleicht auch ein bißchen kritisch zu dir verhält ...“⁶. Es ist bemerkenswert, daß Smidovič in dieser plötzlichen Verhaltensänderung keine Niedergeschlagenheit oder Demut des jungen Arbeiters sah, sondern nur eine äußerliche Veränderung seiner Reaktion auf die Brutalität seiner Umgebung, indem er jetzt bereits nicht mehr bäuerliche Angewohnheiten imitierte, sondern die Arbeiter mit höherem Produktionsalter, welche in einer der Form nach höflichen Antwort sehr wohl ihre Unzufriedenheit mit einer gegen sie gerichteten Bemerkung auszudrücken wußten. Der Kontrast zwischen den Beziehungen innerhalb der bäuerlichen Familienkollektive und denen, die die Bauern in den Fabriken antrafen, war so groß und so offensichtlich, daß nur ihre völlige Rechtlosigkeit gegenüber der Betriebsadministration sie dazu brachte, Brutalität und Erniedrigungen zu ertragen. In den Fällen jedoch, in denen Arbeiter es auf einen offenen Konflikt ankommen ließen, war eine der am meisten verbreiteten Forderungen die nach höflicher Behandlung⁷.

Das unbekanntes städtische Milieu, das sich so sehr vom Dorfleben unterschied, wo feste Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen bestanden, brachte die Neuankömmlinge dazu, zusammenzuhalten und Unterstützung bei Genossen aus der Heimat zu suchen. Oft wohnten sie zusammen und mieteten Wohnungen als *geschlossenes Artel*. P. Timofeev erlebte Anfang des 20. Jahr-

6 Smidovič, P. G.: *Rabočie massy v 90-ch gg.*, č. IV, in: *Avangard: Vospominanija i dokumenty pitserskich rabočich 1890-ch gg.*, Leningrad 1990, S. 369f.

7 *Suster, Peterburgskie rabočie*, S. 99

hunderts in Petersburg eine solchen Gemeinschaft, die von Arbeitern aus zwei benachbarten Dörfern im Gouvernement Novgorod gebildet wurde: „Dieses Artel' lebte erstaunlich eng zusammen. Streit und Raufereien gab es praktisch nicht ... Die gemeinsame Herkunft schweißte sie als eine Familie zusammen, für die die einzelnen Mitglieder des Artel' keine geringen Opfer brachten. So mußte einer von ihnen jeden Morgen um drei Uhr in der Nacht aufstehen, um vom Narva-Stadttor bis zum Neva-Tor zu laufen, was hin und zurück schätzungsweise 10-12 *verst* am Tag ausmacht. Ein anderer arbeitete auf der Vyborger Seite und legte jeden Tag etwa dieselbe Strecke zurück.“ Die Landsmannschaften wurden zu den wichtigsten Kanälen, durch die die Reihen der Arbeiter von Zuwanderern aus den Dörfern aufgefüllt wurden. Wenn er in die Stadt kam, wußte der Bauer, daß seine Landsleute ihn die erste Zeit über Wasser halten und ihm bei der Arbeitssuche helfen würden. Timofeev bemerkte, daß vom Lande stammende Arbeiter, die sich zu Führungspositionen hochgearbeitet hatten, manchmal zu großen „Patrioten“ wurden und nur solche Arbeiter einstellten, die ihnen von Landsleuten vermittelt wurden. „Es gibt in Petersburg eine Fabrik“, schrieb Timofeev, „in der die Arbeiter einer ganzen Abteilung samt und sonders aus zwei Kreisen im Gouvernement Tver' kommen, dem Starickij- und dem Novotoržskij-Kreis, von wo auch zwei Vorarbeiter stammen“⁸. Die Landsmannschaften halfen den Bauern, sich den neuen Lebensumständen anzupassen, doch gelang es bereits nicht mehr, die alte, gewohnte Lebensweise in der Stadt zu reproduzieren. So wurde nun das Arbeitskollektiv der Fabrik, in der er arbeitete, zu der neuen Gemeinschaft, in der der Arbeiter versuchte, seinen Platz zu finden. Die in der *obščina* praktizierte Tradition der Selbstverwaltung konnte unter den für die Bauern völlig fremden städtischen Bedingungen nicht sofort wieder zur Geltung kommen, doch sie lebte im Bewußtsein der Arbeiter fort. Die im Vergleich mit dem Dorf viel strengere polizeiliche Kontrolle über die Stadtbevölkerung, die Unzulässigkeit von Versammlungen, die für die Bauern eine alltägliche Gewohnheit waren – all dies blockierte jeden Versuch, zu der gewohnten Lebensform der Dorfgemeinschaft zurückzukehren. Doch in den großen Industriebetrieben, in denen die personelle Zusammensetzung von Arbeitskollektiven stabil war und wo die Arbeiter ein Gefühl der Zugehörigkeit zu dieser neuen Gemeinschaft entwickelten, begannen sich in einzelnen Elementen Erfahrungen aus der Organisation der *obščina* zu manifestieren. Dies begann in einzelnen Konflikten mit dem Arbeitgeber, bei denen das Kollektiv Delegationen für Verhandlungen wählte oder gewählte Vertreter aus den eigenen Reihen mit der Durchsetzung ihrer Interessen betraute. Schon Ende des 19. Jahrhunderts

8 Timofeev, P.: Čem živet zavodskoj rabočij, Sankt-Peterburg 1906, S. 11, 15f.

kamen einige Fabrikleitungen in Petersburg ungeachtet des Fehlens entsprechender gesetzlicher Regelungen den Wünschen der Arbeiter entgegen und „schufen ein besonderes Mittel der Verständigung mit den Arbeitern durch ‚Deputierte‘ oder Älteste (*starosty*), die manchmal von den Arbeitern selbst aus ihrer Mitte gewählt, manchmal durch die Betriebsleitung aus der Arbeiterschaft ernannt wurden“⁹. So gab es in den Ižora-Werken seit Mitte der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts gewählte Deputierte und in den Fabriken von Siemens & Halske von ihrer Gründung an¹⁰.

Das Streben der Arbeiter nach Selbstorganisation im Rahmen von Arbeitskollektiven wurde von der Gesellschaft wahrgenommen, und die verschiedenen sozialen Kräfte versuchten, den Arbeitern ihre jeweiligen Ansichten über die Perspektiven dieser Entwicklung schmackhaft zu machen. Zum Verständnis der Mentalität der Arbeiter ist es wichtig herauszuarbeiten, wie sie auf die Versuche reagierten, von außen her auf ihre selbstorganisatorischen Aktivitäten Einfluß zu nehmen. Eine beratende Kommission des Finanzministeriums, die die Ursachen für die Unruhen in den Industriebetrieben der Hauptstadt während der Streiks im Jahre 1901 untersuchte und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Fabriken und Betrieben ausarbeiten sollte, empfahl, den Arbeitern die Möglichkeit zu bieten, *starosty* aus den eigenen Reihen zu wählen, deren Aufgabe die Kommunikation mit Unternehmensleitungen und Fabrikinspektion sein sollte. Einer ähnlichen Auffassung war man auch im Innenministerium, wo man gleichzeitig darauf hinwies, daß die bereits existierende Praxis, *starosty* in den Fabriken zu wählen, gegen das Gesetz verstoße¹¹.

Die Bestimmungen des am 10. Juni 1903 verabschiedeten Gesetzes über die *starosty* zielte nicht so sehr auf die Legalisierung einer bereits vorhandenen Institution als vielmehr darauf, den Rahmen, innerhalb dessen sie in den privaten, der Kontrolle der Fabrikinspektion unterstellten Industriebetrieben realisiert wurde, abzustecken und eng zu begrenzen und die gewählten Vertreter einer strengen behördlichen Kontrolle zu unterwerfen. Die Funktion der *starosty* war es, Beschwerden der Arbeiter an die Fabrikleitung weiterzugeben und beim Auftreten von Konflikten als Gesprächspartner zu fungieren. Kandidaten mußten mindestens 25 Jahre alt sein, und die Administration behielt sich das Recht der Bestätigung der gewählten Kandidaten und der Festlegung einer

9 Otdel promyšlennosti Ministerstva finansov. Podborka materialov po voprosu ob učreždenii starost na fabrikach i zavodach. 14 marta 1903. CGIA SPb, f.1304; op.1, d.2387; l.7 ob.

10 Kopija predstavlenija načal'nika Admiral'tejskich Ižorskich zavodov ot 26 ijunja 1905 g. Ebenda, l.253-253 ob.; Pokazanija A. N. Rastorgueva 12-18 fevralja 1906, in: 1905 god v Peterburge, Bd. 2, Leningrad 1925; Sovet rabočih deputatov. Sb. materialov, S. 180

11 Otdel promyšlennosti Ministerstva finansov. Podborka...(wie Anm.9), l.7 ob.

Altersgrenze für die Wahlberechtigten nach ihrem Gutdünken vor. Versammlungen von Arbeitern waren nur in Gruppenstärke erlaubt und Beratungen von *starosty* nur mit Erlaubnis und unter der Kontrolle der Administration. Die konkreten Regelungen für die *starosty* einzelner Unternehmen mußten durch den zuständigen Gouverneur bestätigt werden¹².

Das Gesetz über die *starosty* fand in Petersburg keine breite Anwendung. Im ersten Jahr seiner Gültigkeit wurde die Institution der *starosty* nur in 5 Unternehmen mit bis zu 500 Arbeitern eingeführt¹³. Die Arbeiter zeigten keinerlei Interesse an dieser gesetzlichen Neuerung, und zwar zum einen, weil diese keinerlei Schutz der Gewählten vor der Willkür der Betriebsleitung vorsah, zum anderen, weil das Arbeitskollektiv, den Traditionen der *obščina* folgend, keine zusätzlichen, von außen kommenden Begründungen für seine Entscheidungen brauchte, besonders dann nicht, wenn diese auf Gewohnheitsrecht zurückgingen. In den Fällen, in denen Arbeiter etwas für ihr natürliches Recht hielten, appellierten sie nicht an das Gesetz, sondern handelte nach dem Prinzip, „nimm, was dir zusteht“, d.h. sie verhielten sich so, wie sie selbst es für nötig und gerechtfertigt ansahen. Wenn die Fabrikleitung dieser „Initiative“ der Arbeiter starken Widerstand entgegensetzte, so steckte das Kollektiv unter Umständen zurück; doch wenn Arbeiter einmal das ernsthafte Bedürfnis nach einer gewählten Vertretung entwickelt hatten, würden sie ihre Versuche immer von neuem wiederholen. Als nur ein Beispiel unter vielen sei hier das der streikenden Arbeiter der Putilov-Werke angeführt, die am 5. Januar 1905 der Werksleitung die Forderung vorlegten, eine ständige Kommission von gewählten Vertretern einzurichten und deren Unverletzlichkeit zu garantieren¹⁴. Im Verlauf des Petersburger Generalstreiks im Januar 1905 stellten die Arbeitskollektive der Betriebe ihre Fähigkeit zu spontaner Organisation unter Beweis. „Um die ganze Sache zu organisieren“, erinnerte sich V.A. Lemešov, ein Arbeiter des Jekaterinhofer Manufakturbetriebes und Mitglied der „Versammlung Russischer Fabrikarbeiter in Petersburg“, „schlug Gapon vor, in allen Fabriken und Betrieben Deputierte der einzelnen Werkshallen zu wählen, deren Aufgabe es sein sollte, sich über die

12 Ob učreždenii starost v promyšlennyh predprijatijach. Vysočajše utverždennoe mnenie Obščego sobranija Gosudarstvennogo Soveta. 10. ijunja 1903, in: Sobranie uzakonenij i razporjaženij pravitel'stva, izdavaemoe pri pravitel'stvujuščem Senate. 1903 g. Otdel I. Vtoroe polugodie. Sankt-Peterburg 1903, S. 1559f.

13 Donesenie staršego fabričnogo inspektora Peterburgskoj gubernii v Otdel promyšlennosti Ministerstva finansov ot 25 fevralja 1904 g.. CGIA SPb, f.1229; op.1; d.368; l.13-13 ob.; Romašova, V. I.: Zakon o fabričnyh starostach 1903g. – rezul'tat bor'by proletariata, in: Morozovskaja stačka 1885 g. i rabočie Central'nogo promyšlennogo rajona rossii v konce XIX-načalo XX v. Tezisy vystuplenij učastnikov XV zonal'noj mežvuzovskoj naučnoj konferencii, posvjaščennoj 100-letiju Morozovskoj stački. Moskau 1984, S. 239-244

14 Šuster, Peterburgskie rabočie, S. 72

Forderungen der Arbeiter zu informieren und sie den Werksleitungen vorzutragen. Forderungen, die die Werksleitungen nicht akzeptieren wollten, sollten in einer Petition niedergelegt und durch Gapon dem Zaren übergeben werden¹⁵. Das Resultat dieses Vorschlags war ein stürmischer Zulauf zu Gapons „Versammlung“. Am 6.-8. Januar kamen die Arbeiter gleich fabrikweise, um Mitglied zu werden, und gewählte Vertreter unterzeichneten im Namen ihrer Kollektive die Petition¹⁶. T. A. Rubinčik, eine Aktivistin in der Gewerkschaftsbewegung der Druckereiarbeiter, hat darauf hingewiesen, daß an dem Bestreben der Arbeiter, die Wahl von Deputierten in den Fabriken zu einer ständigen Einrichtung zu machen, eigentlich nichts Neues gewesen sei, sondern daß sie dafür schon in den Jahren 1903 und 1904 gekämpft hätten: „Die große Neuerung des Jahres 1905 bestand in den gemeinsamen Auftritten der Deputierten verschiedener Fabriken und Produktionszweige, die sich untereinander zusammengeschlossen hatten. Dieses Phänomen nahm in dem Moment einen *systematischen* Charakter an, als die Arbeiter der Putilov-Werke mit Streiks gegen die Entlassung von vier Arbeitern zu kämpfen begannen und dabei von benachbarten Fabriken und Gapons sogenannten 'Russischen Versammlungen' unterstützt wurden...“¹⁷. Als im Frühjahr 1905 überall in den Fabriken und Betrieben Petersburgs Wahlen von Deputierten oder *starosty* durchgeführt wurden, handelte es sich nicht um die Anerkennung des Gesetzes von 1903 durch die Arbeiter, sondern um etwas ganz anderes. Unter den Bedingungen des revolutionären Aufschwungs schufen sich die Arbeiter ohne vorherige Erlaubnis unter Hinweis auf die Beschränkungen des Gesetzes über die *starosty*, ihre eigenen Organe kollektiver betrieblicher Repräsentation: *starosty*-Räte, Deputiertenkommissionen oder Fabrikkomitees. Den Anstoß zu ihrer Schaffung gab die Wahl von Arbeitervertretern in die Kommission des Senators Šidlovskij im Februar 1905, die den bereits vorhandenen Überzeugungen in der Arbeiterschaft, daß man ein Recht auf ständige gewählte Deputierte habe, weitere Nahrung gab. Als Antwort auf die wachsende Politisierung und Organisiertheit der Arbeiterbewegung versuchte die Regierung, den praktischen Anwendungsbereich des Gesetzes über die *starosty* auch auf Staatsbetriebe auszuweiten. Die eigens dazu ausgearbeiteten Bestimmungen basierten im großen und ganzen auf dem Gesetz vom 10. Juni 1903. Es gab jedoch einige wesentliche Veränderungen, die darauf abzielten, den Unwillen der Arbeiter über die einschränkenden Bestimmungen des Gesetzes abzubauen.

15 Vospominanija rabočego Ekateringofskoj manufaktury V. A. Lemešova. 25 fevralja 1935 g. CGA SPb, f.9618; op.1; d.26; l.70.

16 Šuster, Peterburgskie rabočie, S. 78f.

17 Rubinčik, T. A.: Peterburgskij Sovet rabočich deputatov 1905 g. CGA SPb, f.9618; op.1; d.32; l.101.

So sahen die „Richtlinien über die *starosty* in den Häfen und Betrieben des Marineministeriums“, die den entsprechenden Stellen im Mai 1905 zugestellt wurden, für die *starosty* eine zusätzliche monatliche Vergütung in Höhe von 25% des Grundlohnes vor¹⁸. Dieser Versuch, das Gesetz von 1903 wiederzubeleben, stieß jedoch auf den Widerstand der Arbeiter der großen metallverarbeitenden Betriebe, wo die Komitees, die aus den gewählten Arbeitervertretern für die Šidlovskij-Kommission bestanden, am aktivsten waren.

Die Arbeiter der Aleksandrov-Werke weigerten sich, *starosty* zu wählen. In der Neva-Werft und den zugehörigen Betrieben fanden die Wahlen, mit Einverständnis des Direktors, ohne die störenden Beschränkungen des Gesetzes über die *starosty* statt¹⁹. Die Fabrikarbeiter der Ižora-Werke ließen dem Betriebsleiter im Juni 1905 durch ihre gewählten Vertreter mitteilen, daß sie die Einführung der „Richtlinien über die *starosty* ...“ ablehnten. Ihr Mißfallen erregten die Höhe der zusätzlichen Vergütung für die *starosty*, der hohe Alterszensus und das Recht des Betriebsleiters, die gewählten Kandidaten abzulehnen, was „nach der Meinung der Fabrikarbeiter dem Verlust ihres Wahlrechts gleichkommt“. Die verpflichtend vorgeschriebene Anwesenheit von Vertretern der Administration auf ihren Versammlungen empfanden die Arbeiter als „extrem störend“; und sie äußerten die Befürchtung, daß „Personen, die sich gegen die Administration aussprechen, daraufhin verfolgt werden“ könnten. Die Einführung von *starosty* in den Ižora-Werken mußte aufgrund des Protestes verschoben werden, und es hielt sich stattdessen für mehr als zehn Jahre die Institution „unbezahlter gewählter Vertreter“²⁰.

Die in der Baltischen Werft am 19. und 21. Juli 1905 durchgeführten *starosty*-Wahlen blieben ebenfalls ohne Resultat: in der Kupfer- und Kesselschmiede fanden sie „wegen des Unwillens der Arbeiter nicht statt“²¹; die in anderen Werkstätten gewählten Kandidaten weigerten sich, ihre Posten anzutreten. Auf einer Vollversammlung der Kandidaten am 17. August erklärten 33 von ihnen ihre Weigerung mit ihrem Widerwillen, „in dieser für die Arbeiter so düsteren Zeit Verantwortung auf einem solchen Posten zu übernehmen“; andere drückten ihre „Unzufriedenheit mit der durch die Richtlinien festgelegten Erhöhung des

18 Pravila o starostach v portach i na zavodach Morskogo vedomstva. Aprel' 1905 g.. CGIA SPb, f.1304; op.1; d.2387; l.133.

19 Kak voznik v Peterburge Sojus rabočich po metallu, in: Materialy ob ékonomičeskom položenii i professional'noj organizacii peterburgskich rabočich po metallu, Sankt-Peterburg 1909, S. 24.

20 Kópija predstavlenija načal'nika Admiral'tejskich Ižorskich zavodov ot 26 ijunja 1905 g.. L.253 ob.

21 Soobščenie o vyborach starost na Bal'tijskom zavode. 19. ijulja 1905 g. CGIA SPb., f.1304; op.1; d.2387; l.202.

Lohns um 25%“ aus²². Die von den Arbeitern angeführten Gründe spiegeln ohne Zweifel nur einen Teil Motive wider, von denen sie bei ihrer Entscheidung geleitet wurden. In seiner Analyse der Gründe für den Mißerfolg der Wahlen sah der Leiter der Baltischen Werft, K. Ratnik, den Hauptgrund darin, daß „die neueingeführten Richtlinien über die *starosty* den Anforderung der Zeit nicht entsprachen und niemanden zufriedenstellten“. Genauso wichtig ist eine andere Beobachtung Ratniks: Die Arbeiter lehnten nicht nur das Ausmaß der zusätzlichen Vergütung für *starosty* ab, wie man denken könnte, sondern wandten sich prinzipiell gegen jegliche Zusatzzahlungen, da diese die *starosty* in ein Abhängigkeitsverhältnis von der Fabrikverwaltung brachten: „Das ist die große Frage: von wem genau soll denn der *starosta* nun die Bezahlung für seine Dienste erhalten?“, schrieb Ratnik in einem Brief vom 2. September 1905: „Um sich nicht in einer unehrlichen Position zwischen Arbeitern und Verwaltung zu befinden und gegenüber der letzteren ein unabhängiger Vertreter der Arbeiterschaft zu sein, muß er für seine Tätigkeit von den Arbeitern selbst bezahlt werden, nicht von der Verwaltung, die ihn auch nicht austauschen können darf“²³.

Die Einführung der Richtlinien über die *starosty* in der Baltischen Werft mußte verbart werden. Für den 18. und 19. Mai 1906 angesetzte Wahlen konnten „angesichts der unter den Arbeitern vorhandenen Opposition gegen diese Wahlen“²⁴ ebenfalls nicht durchgeführt werden. Die standhafte Weigerung der Arbeiter, *starosty* nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1903 zu wählen, bedeutete jedoch nicht, daß sie gegen die Schaffung einer betrieblichen Arbeitervertretung waren. Schon vor der Einführung der „Richtlinien für die *starosty* in den Häfen und Betrieben des Marineministeriums“ hatte es in der Baltischen Werft gewählte Arbeiterdeputierte gegeben, und nachdem die Versuche, die „Richtlinien“ zur Anwendung zu bringen, gescheitert waren, existierten sie auch weiterhin. So fand am 16. Februar 1905 im Werk eine „Neuwahl der Deputierten und ihrer Stellvertreter“ statt; 1905 führte man „Wahlen von Delegierten und ihren Stellvertretern“ durch; am 18. Juli 1906 gab es wieder eine „Neuwahl der Deputierten der Werksabteilungen und ihrer Stellvertreter“²⁵. Das Datum der ersten „Neuwahl“ fiel zeitlich mit den Wahlen der Vertreter für die Šidlovskij-Kommission zusammen, und im Oktober 1905 fanden in den Fabriken der Stadt

22 Prikaz načal'nika Bal'tijskogo zavoda ot 25 avgusta 1905. Ebenda, l.263-263 ob.

23 Černovik pi'sma načal'nika Bal'tijskogo zavoda v Sčetnyj otdel Glavnogo upravljenija korablestroenija i snabženija ot 11 sentjabrja 1905 g.. Ebenda, l.266f.

24 Donesenie načal'nika Bal'tijskogo zavoda morskomu ministru ot 19 maja 1906 g. Otpusk. Ebenda, l.283

25 Kniga-chronika Bal'tijskogo sudostroitel'nogo i mehaničeskogo zavoda. Ebenda, d.678; l.107, 110 ob. 115.

die Wahlen zum Arbeiterdeputiertenrat statt. Obwohl die letzte „Neuwahl“ zu der Zeit stattfand, als man nach der Auflösung der 1. Staatsduma versuchte, einen Arbeiterdeputiertenrat zu schaffen, verfüge ich über keine Hinweise darauf, daß dies etwas anderes als ein Zufall gewesen wäre. Bei den Wahlen der Deputierten der Werksabteilungen in der Baltischen Werft am 18. Juli 1906 gelang es der Verwaltung schließlich, Wahlen nach den „Richtlinien über die *starosty* ...“ durchzuführen; dabei wurde die zusätzliche Bezahlung für die *starosty* auf bis zu 50% des Grundlohns erhöht²⁶.

Der einmütige Boykott, mit dem die Arbeiter der Petersburger Staatsbetriebe auf die Einführung des Gesetzes über die *starosty* von 1903 reagierten, und zwar ohne irgendwelche Aufrufe der revolutionären Parteien, ist ein überzeugendes Argument dafür, daß die in den Fabriken traditionell vorhandenen gewählten Organe, durch die die Arbeiter ihre Interessen gegenüber der Administration vertraten, der Institution der *starosty* vorgezogen und entgegengestellt wurden. Die nicht gesetzlich geregelten, sondern durch die Tradition gefestigten Normen der Beziehung zwischen Arbeitern und Fabriksleitungen ermöglichten offenbar die Existenz einer unabhängigeren und weniger der Kontrolle der Betriebsleitung unterworfenen Arbeitervertretung, als dies im Gesetz von 1903 vorgesehen war. Da sie nur durch das Gewohnheitsrecht bestimmt und nicht schriftlich fixiert waren, waren die Grenzen dieser Unabhängigkeit ziemlich flexibel und hingen von der Fähigkeit des jeweiligen Kollektivs ab, die Rechte seiner gewählten Vertreter zu verteidigen, und von der Haltung der jeweiligen Betriebsleitung, von ihrer Kompromißbereitschaft oder Unnachgiebigkeit gegenüber den Arbeiterdeputierten.

Im Januar/ Februar und im Oktober/ November 1905, als die Arbeiterschaft von einer allgemeinen Aufbruchsstimmung ergriffen wurde, reproduzierten die Kollektive nicht nur sofort die Organisationsformen der *obščina* und paßten sie ihren rein proletarischen Zielen an, sondern sie nutzten die Institution gewählter Deputierter auch, um ihre Aktionen auf Stadtebene zu koordinieren. Auf diese Weise entstand im Oktober 1905 der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat, dessen Massenbasis und organisatorisches Grundgerüst die Arbeitskollektive mit den Fabrikkomitees an der Spitze wurden. Es schien, daß nach der Auflösung des Rates durch die Staatsmacht im Dezember 1905 und Januar 1906, nach den Verhaftungen, den massenhaften Aussperrungen und den Säuberungen der Fabriken von „politisch unzuverlässigen Elementen“, auch die gewählten Vertretungen der Arbeiter in den Fabriken ihre Tätigkeit vollkommen einstellen

26 Prikazy načal'nika Bal'tijskogo zavoda ot 11 i 18 ijunja 1906 g. Ebenda, d.687, l.48 ob., 49f., 53.

würden. Doch dies war nicht der Fall. Im Januar und Februar 1906 dienten die Arbeitervertretungen als Stütze der Arbeitslosenkommission, welche die Organisationsstrukturen des Arbeiterdeputiertenrates übernommen hatte, die von den Repressionen verschont geblieben waren; und im März und April entsandten sie Delegierte in den Arbeitslosenrat²⁷. Es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob im Frühjahr 1906 tatsächlich in allen Betrieben die Fabrikkomitees noch weiter bestanden oder wieder gegründet wurden, doch es gibt ausreichend Hinweise darauf, daß sie ein sehr weit verbreitetes Phänomen waren.

In den „Tagen der Freiheit“ hatten es die Betriebsleitungen nicht gewagt, Arbeiterdeputierte zu entlassen. Mit dem Beginn der Reaktion entledigte man sich der radikalsten und lästigsten Arbeitervertreter, in den meisten Fällen jedoch, ohne dabei das Prinzip der gewählten Vertreter an sich anzutasten, wengleich man auch versuchte, sie einer stärkeren Kontrolle zu unterwerfen. So wurden am Vorabend der *starosty*-Wahlen am 23. Dezember 1905 in der Sestroreck-Waffenfabrik die dortigen Arbeiterführer, die in die Šidlovskij-Kommission und den Arbeiterdeputiertenrat gewählt waren, verhaftet, und die Vertretung in ihrer neuen Zusammensetzung war infolgedessen weit gemäßigter. Doch ungeachtet des Gesetzes vom 10. Juni 1903 fungierten die *starosty* im Verlaufe des Jahres 1906 als ein kollegiales Organ des Gesamtbetriebes. Diesem Faktum beugte sich die Artillerie-Hauptverwaltung, indem sie am 15. Januar 1906 in ihren Fabriken den Posten eines „Ständigen Vorsitzenden der Betriebsversammlung der *starosty*“ einrichtete. Nach den erhaltenen Protokollen zu urteilen, haben Vertreter der Verwaltung diesen Versammlungen nicht beige-wohnt²⁸. In den Neva-Werken veränderte sich dank dem Liberalismus seines Direktors 1906 nicht viel in der Zusammensetzung des Rates der *starosty*, der weiterhin von politisch bewußten Arbeitern dominiert wurde. Nach den Erinnerungen S. P. Matveevs waren im Fabrikkomitee Anfang 1906 17 Sozialdemokraten und 5 Sozialrevolutionäre vertreten. Nach den Neuwahlen im Juni desselben Jahres kamen nach Angaben P. A. Garvis auf 30-35 Mitglieder 17-18 Sozialdemokraten, 11 Sozialrevolutionäre und 6 Parteilose²⁹. Die Parteikomitees der revolutionären Parteien unterschätzten 1905 und in der erste Jahreshälfte 1906 das Bestreben der Petersburger Arbeiter erheblich, sich im Rahmen orga-

27 Vojtinskij, V. S. : Peterburgskij Sovet bezrobotnych: 1906-1907 gg. New York 1969, S. 2-17; Šuster, Peterburgskie rabočie, S. 152ff., 221-225.

28 Kopija prikaza načal'nika Sestroreckogo oružejnogo zavoda ob utverždenii starost ot 28 dekabnja 1905 g. CGIA SPb., f.1290; op.1; d.659; l.95-95 ob.; Prikaz načal'nika Sestroreckogo oružejnogo zavoda ot 4 janvarja 1906 g. Ebenda, d.672; l.1 ob.-3; Kopii protokolov sobranij starost Sestroreckogo oružejnogo zavoda N° I-II za 1906 g. Ebenda, d.48, l.8f., 12, 17f.,25f. 29, 31.

29 Vospominanija S. P. Matveeva (ohne Datum). CGAIPD SPb., f.4000; op.5; d.857; l.26f.; Garvi, P.: Vospominanija: Peterburg – 1906 g. New York 1961, S. 49.

nisierter Arbeitskollektive zusammenzuschließen. Die Parteiaktivisten, die den proletarischen Massen näher standen, waren bei ihrer täglichen Arbeit auf eine Kooperation mit den überparteilichen Fabrikkomitees angewiesen, da ohne deren Miteinbeziehung kein einziges wichtiges Ereignis stattfinden konnte, sei es ein Streik oder eine Versammlung³⁰. Die sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Parteikomitees der Stadt begannen jedoch erst im Juni 1906 mit ihren Versuchen, die den Arbeitern vertraute Form der Fabrikvertretungen für ihre politischen Ziele nutzbar zu machen. Die Men'seviki machten den Vorschlag, Deputierte in allen Fabriken der Stadt zu wählen, die die Verbindung mit der sozialdemokratischen Duma-Fraktion herstellen sollten; die Bol'seviki schlugen mit demselben Ziel die Schaffung überparteilicher Fabrikkomitees vor; und die Sozialrevolutionäre riefen zu Deputiertenwahlen für den Kontakt mit der Dumagruppe der Trudoviki auf. Die widersprüchlichen Aktionen und Aufrufe trugen anstelle von Organisation Chaos und Verwirrung in die Arbeiterschaft hinein. In einer Fabrik wurden die Wahlen mehrmals hintereinander wiederholt, und niemand wußte, was und wozu gewählt wurde³¹.

Höchst aufschlußreich sind die Reaktionen der Arbeiter auf die Versuche der sozialdemokratischen und liberalen Intelligencija, die Erfahrungen der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung auf Rußland zu übertragen. Die Führung des Zentralbüros der Petersburger Gewerkschaften begann im Frühjahr 1906 mit dem Aufbau einer Metallarbeitergewerkschaft. Die Arbeiter befürworteten voll und ganz, daß die entscheidende Organisationsebene der Produktionszweig als Ganzes und nicht die einzelnen Werksabteilungen sein sollten, doch wandten sie sich gegen eine zu straffe Zentralisierung. Ungewohnt für sie war auch die individuelle Mitgliedschaft. Dies machte sich sowohl in der Unregelmäßigkeit der Beitragszahlungen als auch in den verhältnismäßig niedrigen Mitgliederzahlen der Gewerkschaft bemerkbar, die nur ein Sechstel aller Metallarbeiter vereinte, während die entsprechenden Räteorganisationen, die auf der Basis der Fabrikvertretungen entstanden waren, schon nach kurzer Zeit die überwiegende Mehrheit der Arbeiter der Stadt in ihren Reihen zählten. Die Führer der Metallarbeitergewerkschaft, die Zentren auf Stadt- und Bezirksebene gegründet hatten, versuchten gar nicht erst, die Fabrikkomitees unter ihre Kontrolle zu bringen oder ihren Einfluß auf diese auszudehnen. Die Schaffung einer Berufsgenossenschaft führte auch nicht zu einer organisatorischen Aufteilung der Arbeiter nach Berufen auf der Ebene der Einzelbetriebe, und so blieb der Einfluß der Gewerkschaft auf die einzelnen Metallarbeiterkollektive gering.

30 Nevskij, V. I.: Sovety i vooružennye vosstanija v 1905 g. Moskau 1932, S. 12

31 Vojtinskij, Peterburgskij Sovet bezrabortnych, S. 87

F. Bulkin, ein Aktivist in der Gewerkschaftsbewegung der Metallarbeiter, beschrieb das Verhältnis zwischen der Gewerkschaft und den kollektiven Arbeitervertretungen folgendermaßen: „Sie [die Fabrikkommissionen, M. N.] bestanden aus Delegierten der einzelnen Werkstätten und traten als Vermittler zwischen Arbeitern und Betriebsleitung auf. Doch ihre Funktion ging weit darüber hinaus. Sie kümmerten sie um alle Kleinigkeiten des Fabrikalltags, achteten auf die Einhaltung von Verträgen durch die Fabrikleitung, schlichteten auf dem Verhandlungswege aufkommende Konflikte, waren im Bilde über die im Unternehmen eingehenden Aufträge, beteiligte sich an der Organisation und Verteilung der Arbeit, organisierten Hilfeleistungen für Arbeitslose, Verbannte und Verhaftete und stellten sich an die Spitze von Streiks, wenn die Konflikte im Betrieb auf anderem Wege nicht zu lösen waren. Diese exponierte Rolle der Fabrikkommissionen im ökonomischen Kampf, die noch dadurch verstärkt wurde, daß sie von Fall zu Fall auch politische Funktionen übernahmen, drängte die Gewerkschaft unvermeidlich in den Hintergrund. In den großen Fabriken verfügten die Kommissionen über erheblichen Einfluß und volle Kassen; man wandte sich sofort an sie, wenn ein Konflikt auftrat [...] Die Kommissionen ignorierten die Gewerkschaft nahezu vollkommen und rechneten nicht auf sie. Die Fabrikkommissionen zogen die Gewerkschaft bei der Lösung von Konflikten nicht hinzu und umgingen sie selbst dann, wenn sie sich mit anderen Fabriken zusammenschlossen“³².

Die während der ersten Russischen Revolution unter den Arbeitern ihres Berufsstandes einflußreichste Gewerkschaft war die der Druckereiarbeiter, was auf bestimmte Besonderheiten ihrer Organisation zurückgeht. Von den schätzungsweise achtzehntausend Druckereiarbeitern in Petersburg hatten sich im Sommer 1906 elftausend bei der Gewerkschaft eingeschrieben, doch nur drei- bis viertausend zahlten regelmäßig ihre Beiträge und galten daher auch formal als Mitglieder. Die Gewerkschaftsführung machte jedoch keinen Unterschied zwischen beiden Gruppen und erklärte ihre Bereitschaft, die Interessen der Berufsgruppe im ganzen zu vertreten. In den Bevollmächtigtenrat, der die Vertretung der Vollversammlung war, wurde ein Delegierter nicht durch die Mitglieder der Gewerkschaft gewählt, sondern durch die gesamte Belegschaft der jeweiligen Druckerei, und er repräsentierte die Interessen des Kollektivs. Das Ineinanderfließen von theoretisch individueller und faktischer kollektiver Mitgliedschaft erlaubte es der Gewerkschaft der Druckereiarbeiter, im Namen des gesamten Berufsstandes aufzutreten und sich auf die Kollektive zu stützen; und alle

32 Dejatel'nost' Sojuza rabočich po metallu v 1906 i 1907 gg., in: Materialy ob ěkonomičeskom položenii, S. 54.

Arbeiter fühlten sich, unabhängig von ihrem formalen Status, der Gewerkschaft zugehörig. Die Arbeitskollektive der Drucker waren bei der Stärkung ihrer gewählten Vertretungen erfolgreicher als andere und begannen, mit der Unterstützung der Gewerkschaft, im Frühjahr 1906 in den typographischen Betrieben eine Arbeiterselbstverwaltung aufzubauen, die sie selbst „Autonomie“ (*avtonomija*) nannten³³.

Die erste „Autonomie“ in Petersburg wurde im März 1906 von den Druckern der Typographie „Ėnergija“ begründet. Zum ersten Mal wurden die ungeschriebenen Regeln der Beziehung zwischen Arbeitskollektiven und der Betriebsleitung, für deren Einführung die Drucker kämpften, schriftlich festgelegt und verwandelten sich in einen Vertrag besonderer Art, in dem der Inhaber des Betriebes das Recht der Arbeiter auf eine Beteiligung an der Betriebsverwaltung anerkannte. Das Dokument sah vor, daß die Regelungen für die innere Ordnung der Typographie durch eine paritätisch mit Arbeitern und Vertretern der Betriebsleitung besetzte Kommission ausgearbeitet und von der Vollversammlung der Arbeiter bestätigt werden sollten. Gewählte Vertreter sollten eine besondere Vergütung für die Ausübung ihrer Tätigkeit nur von den Arbeitern erhalten können, nicht aber durch die Betriebsleitung. Aufgabe der gewählten Vertreter war es, über die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen zu wachen und in regelmäßigen Abständen Vollversammlungen des Kollektivs abzuhalten. Der Inhaber konnte an ihnen nur mit dem Einverständnis der Arbeiter teilnehmen. Alle Fragen, die die Einstellung und Entlassung oder die Bestrafung von Arbeitern wegen irgendwelcher Vergehen betrafen, wurden von einer gemeinsamen Kommission entschieden. In dem „Vertrag“ wurden in allen Einzelheiten die Arbeitsbedingungen und Rechte der Lehrlinge festgelegt; er schrieb einen „unbedingten höflichen Umgang der Arbeiter untereinander“ vor und enthielt einen Katalog von strengen Sanktionen – von Bußgeldern zugunsten von Arbeitslosen bis hin zu Entlassungen – für das Erscheinen im Betrieb in betrunkenem Zustand und unerlaubtes Fernbleiben vom Arbeitsplatz³⁴.

Im Laufe des Jahres 1906 wurde die „Autonomie“ von der Mehrheit der typographischen Betriebe in Petersburg anerkannt, wobei sich zahlreiche der anfangs paritätisch besetzten Kommissionen bald in reine Arbeiterorgane verwandelten. Charakteristisch für die selbstverwalteten Kollektive der Druckereiarbeiter war ihr Bemühen, nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber der Betriebsleitung zu vertreten, sondern auch die Beziehungen der Arbeiter

33 Istorija Leningradskogo Sojuza rabočich poligrafičeskogo proizvodstva. Leningrad 1925, Bd. 1 (1904-1907gg), S. 146, 172f., 225f., 255, 282f., 420.

34 Pravila raspordjadka po tipografii „Ėnergija“ i vsem ee otdelam, in: Ebenda, S. 273ff.

untereinander zu regeln. Im Frühjahr und Herbst 1906 führten die autonomen Kommissionen der Druckereibetriebe der Stadt einen Feldzug gegen einige in der Arbeiterschaft weit verbreiteten Erscheinungen wie Alkoholismus, unerlaubtes Fernbleiben vom Arbeitsplatz und ein diskriminierendes und „unkameradschaftliches Verhalten gegenüber Arbeiterinnen“. Man beließ es nicht bei der moralischen Verurteilung der Beschuldigten, sondern verhängte oft Geldstrafen oder veranlaßte gar Entlassungen. Häufig fielen die Strafen der autonomen Kommissionen sogar strenger als die der Betriebsleitungen aus. Der Bevollmächtigtenrat der Gewerkschaft der Druckereiarbeiter richtete ein „Ehrengericht“ (*sud čestí*) zur Verhandlung von Konflikten zwischen Arbeitern ein, das schnell eine so große Autorität erlangt hatte, daß es sogar von Vertretern der Betriebsleitung angerufen wurde, die sich vor ihren Arbeitern rechtfertigen wollten³⁵. Ähnliche Verhältnisse herrschten 1906/1907 bei den öffentlichen Arbeiten in Petersburg, an deren Planung und Organisation eine Arbeiterorganisation, der „Rat der Arbeitslosen“, entscheidenden Anteil hatte. In den städtischen Werkstätten auf dem Gagarinfeld kontrollierte das Komitee der Deputierten nicht nur die Verwaltung, sondern war gleichzeitig auch für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung der Werkstätten durch die Arbeiter verantwortlich, wozu es selbst zu rein administrativen Maßnahmen griff. Zum Erhalt der Arbeitsdisziplin führte der Rat der Arbeitslosen im September 1906 bei allen öffentlichen Bauvorhaben „Kameradengerichte“ (*tovariščeskie sudy*) ein. Während sonst in kleinen Kollektiven, deren personelle Zusammensetzung nicht stabil war und die ungewohnte Arbeiten ausführten, zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung häufig die direkte Einmischung des Rates erforderlich war, löste in den Werkstätten auf dem Gagarinfeld, wo die Arbeitsbedingungen kaum anders als in den Fabriken waren, das Komitee der Deputierten alle Konflikte vollkommen eigenständig³⁶. Es sind noch andere Fälle bekannt, in denen 1906/1907 Kollektive in ihren Fabriken die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung erzwangen – sie wurde von den Arbeitern selbst als „Arbeiterkonstitution“ bezeichnet –, oder zumindest Teilerfolge in diese Richtung erzielten³⁷. Die Fähigkeit zu einer vollkommen eigenständigen Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin hatten in der Regel nur Kollektive mit stabiler personeller Zusammensetzung und einem hohen Anteil an qualifizierten Arbeitern, bei denen schon eine Gewöhnung an die Fabrikarbeit eingetreten war. Bei unqualifizierten

35 Ebenda, S. 277-282

36 Pravila, dejstvujuščie v Gorodskich obščestvennych masterskich. Utverždeny 20 nojabrja 1906 g., in: Izvestija S. -Peterburgskoj gorodskoj dumy, 1907, Nr.2, S. 287ff.; Vojtinskij, Peterburgskij Sovet bezrabočnych, S. 181-185.

37 Šuster, Peterburgskie rabočie, S. 246, 255.

Arbeitern, die immer nur kurzzeitig in wechselnden Kollektiven zusammengeslossen wurden, die aber ebenso dafür kämpften, die Kompetenzen der Administration zu beschneiden, führte der Sieg über die Betriebsleitung häufig zu einer vollkommenen Desorganisation der Produktion. So erreichten die Petersburger Schauerleute nach einem siegreichen Streik im Sommer 1906 zwar die Abschaffung der Aufseher, waren jedoch nicht in der Lage, selbst auch nur eine elementare Ordnung aufrechtzuerhalten. Alkoholismus, eine unkoordinierte Arbeitsweise, die auf betriebliche Erfordernisse keine Rücksicht nahm, die Erzwingung von Lohnzahlungen, die den jeweiligen Arbeitern nicht zustanden, gewaltsame Übergriffe gegen Vertreter der Verwaltung – all dies brachte das Löschen der Schiffsladungen fast völlig zum Erliegen. Es ist bemerkenswert, daß die Verwaltung den Ausweg aus dieser Situation nicht in verstärkten Sanktionen sah, sondern darin, „daß die Schiffseigner nicht mit einzelnen Arbeitern zu tun haben sollten, sondern mit einem organisierten Ganzen in Gestalt einer durch die Arbeiter gebildeten Berufsgenossenschaft“³⁸.

Die der russischen Dorfgemeinschaft entstammenden Traditionen der Selbstverwaltung kamen Anfang des 20. Jahrhunderts wieder zum Tragen, als Arbeiter, gegen den Widerstand der Staatsorgane und der Unternehmer und häufig auch ohne auf Verständnis bei der revolutionären und liberalen Intelligencija zu stoßen, ihre Selbstorganisation im Rahmen von Arbeitskollektiven durchsetzten. In einem weiteren Schritt kämpften sie 1905-1907 für die „autonome“ Arbeiterselbstverwaltung. Das Arbeitskollektiv brachte nicht nur selbst die Führer und Deputierten hervor, die seine Interessen gegenüber der Administration vertraten und es in den proletarischen Organisationen auf Stadtebene repräsentierten, sondern es wurde zu einer neuen stabilen Gemeinschaft, die im Bewußtsein der Arbeiter mit denselben Rechten ausgestattet war wie die *obščina* in der Vorstellung der Bauern: sie war die höchste Autorität bei der Entscheidung aller Fragen, die das Kollektiv betrafen; sie hatte das Recht, über die Mitglieder des Kollektivs zu Gericht zu sitzen und in ihrem Namen aufzutreten; und sie entschied über die Aufnahme und den Ausschluß von Mitgliedern. Das Arbeitskollektiv war ein System kollektiver Verantwortlichkeit und eine Solidargemeinschaft, die das Recht jedes einzelnen auf seinen Arbeitsplatz anerkannte und, nach Entlassungen oder Verhaftungen, moralisch und materiell diejenigen unterstützte, „die für die Gemeinschaft gelitten“ hatten.

38 Kopija dokladnoj zapisi petersburgskich sudovladel'cev „Po delu o zabastovke karalej po vygruzke uglja iz sudov na sklady. Ranee 2 aprelja 1907 g. RGIA, f.150; op.1; d.656; l. 7-8 ob.; Kopija prošenija petersburgskich sudovladel'cev gorodskomu golove N. A. Rezcovu. Ranee 2 aprelja 1907g. Ebenda, l.9-11ob.

Der Arbeiter war wie der Bauer vor allem Exponent einer kollektiven Identität, der sich häufig als Mitglied der „Arbeiterfamilie“ definierte und die kollektiven Formen der Beteiligung an den Aktivitäten der proletarischen Organisationen der Stadt den individuellen vorzog. Das Arbeitskollektiv sah die Vertreter der Betriebsleitung nicht als Mitglieder an, sondern stellte sich ihnen als ein Ganzes entgegen und betrachtete sie als das Haupthindernis bei der Durchsetzung seiner Rechte. Das Verhalten der Betriebsleitung gegenüber den Arbeitern rief in der „Arbeiterfamilie“ nicht nur Protest hervor, sondern ließ sie auch um die Wiedergewinnung ihrer verlorenen Menschenwürde kämpfen, die bei den Bauern eng mit dem Recht verknüpft war, an der Regulierung des Arbeitsprozesses beteiligt zu sein und nicht nur Ausführungs-, sondern auch Befehlsfunktionen wahrzunehmen. Daher konnten die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Unternehmern manchmal sehr scharfe Formen annehmen und waren in der Regel von Versuchen des Kollektivs begleitet, sich einen Teil der Verwaltungsfunktionen anzueignen. Dies gelang auch bisweilen und führte in den stabilen Gemeinschaften qualifizierter Arbeiter zu der Etablierung von Arbeiterselbstverwaltungen, in den unbeständigen Kollektiven der unqualifizierten und Hilfsarbeiter jedoch zu einer Desorganisation des Arbeitsprozesses. Die Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozesse in Rußland Ende des 19. Jahrhunderts verliefen äußerst dynamisch, und die Arbeiter, die um die Jahrhundertwende an den Werkbänken der Petersburger Fabriken standen, hatten in ihrem Bewußtsein die traditionellen Werte der *obščina* bewahrt, die im Verlaufe ihrer Anpassung an die neuen Lebensbedingungen weder durch andere ersetzt wurden, noch verloren gingen. Stattdessen wurden sie einer Transformation unterworfen und kamen schon bald wieder zum Vorschein: in dem Bestreben der Arbeiter nach Selbstorganisation im Rahmen einer neuen Gemeinschaftsform, des Arbeitskollektivs, und in der massiv unternehmerfeindlichen und antibourgeoisen Ausrichtung der Arbeiterbewegung während der ersten Russischen Revolution.